

# Entwicklungsländerforschung in der Bundesrepublik Deutschland

NORMAN PAECH, BIRGIT A. SOMMER  
und THEA BURMEISTER

## Zusammenfassung

Unter dem Begriff der Entwicklungsländerforschung sind eine Reihe natur- und sozialwissenschaftlicher Disziplinen versammelt, die mit dem verstärkten entwicklungspolitischen Engagement der Bundesrepublik Deutschland Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre in engere organisatorische wie auch inhaltlich-thematische Beziehung zur Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik der Bundesrepublik traten. Der Aufsatz versucht zu begründen, daß eine Analyse der Entwicklungsländerforschung nur sinnvoll sein kann, wenn sie berücksichtigt:

1. die historische Dimension der einzelnen Disziplinen seit ihrer Verknüpfung mit den Kolonialinteressen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts;
2. den wechselseitigen Bedingungs- und Zusammenhang von Erkenntnisprozeß der Wissenschaft und Entwicklung der Gesellschaft;
3. den Interessengegensatz zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern und die grundsätzliche Position der Forschung über Entwicklungsländer auf der Interessenseite der Industrieländer.

Dieser Beitrag vermag nur einige begrenzte Aspekte des gestellten Themas aufzugreifen. Das liegt weniger an dem verfügbaren Rahmen, als an dem Fehlen einigermaßen vollständig erarbeiteten empirischen Materials über die Entwicklungsländerforschung, insbesondere aber an der geringen Tradition einer inhaltlichen und institutionellen Wissenschaftsanalyse und -Kritik. Beides ist miteinander zu leisten, wobei der Fortschritt der Arbeit vor allem von der Entwicklung des theoretischen und methodischen Ansatzes abhängt.

Die mangelnde Durchsichtigkeit der Institutionen, ihrer Funktion und Verflechtung sowie die nur unzureichende Reflektion der Forschung über ihre eigenen Bedingungen und Inhalte, ist Ausdruck dieses theoretischen Defizits, erklärt dieses aber nicht. Es bleibt unbegriffen, wenn es nicht vor dem geschichtlichen Hintergrund der Entwicklung von Gesellschaft und Wissenschaft diskutiert wird.

Entwicklungsländerforschung, die sich vorwiegend mit Tatbeständen beschäftigt, die nicht in der eigenen Gesellschaft liegen, hat sich in besonderer Weise der Ziele ihrer Erkenntnis und der Verwertung ihrer Resultate zu vergewissern. Dies um so mehr, da beide – Ziel der Forschung und ihre Verwertung – von Faktoren bestimmt werden, die im politischen Interessenfeld der eigenen Gesellschaft, nicht aber der der Entwicklungsländer liegen. Schon aus dem Begriff der Entwicklungsländerforschung ergibt sich ein Anspruch, einen positiven Beitrag zur Entwicklung zu leisten, d. h. den Interessen der Entwicklungsländer zu dienen. Dieser Anspruch wird gleichzeitig Ausgangspunkt für die Analyse der Forschung. D. h., die Frage

muß darauf zielen, inwieweit die Forschung diesen Anspruch erfüllt hat, als auch darauf, inwieweit die Möglichkeit dazu überhaupt besteht.

### Selbstverständnis der Entwicklungsländerforschung

Im Handbuch der Entwicklungshilfe ist über die Entstehung der Entwicklungsländerforschung in Deutschland zu lesen: „Als die deutsche Entwicklungspolitik zu Beginn der sechziger Jahre mit der Problematik des Entwicklungsprozesses unterschiedlicher Entwicklungsländer konfrontiert wurde, entstanden aus der täglichen Praxis eine Fülle von Fragestellungen, die eine Klärung mit wissenschaftlichen Methoden bedurften.“<sup>1</sup>

Die Forschung in der Bundesrepublik hatte sich zwar auch in den fünfziger Jahren mit den Problemen der Entwicklungsländer befaßt, doch handelte es sich hier um traditionelle Länderforschung und geschah mehr oder weniger zufällig, ohne institutionelle Verankerung.

Aus dem sich verstärkenden Engagement der Bundesrepublik in der Entwicklungshilfe ergaben sich für die Forschung Konsequenzen, die von ihr durchaus gesehen wurden. Havemann verallgemeinert diesen historischen Prozeß zu einer grundsätzlichen Beziehung, wenn er sagt: „Entwicklungsländerforschung und Entwicklungshilfe stehen in einem komplementären Verhältnis zueinander: aus der Arbeit der Entwicklungshilfe erhält die Forschung Anregungen, wie umgekehrt die Erkenntnisse der Forschung in der Entwicklungshilfe ihre Durchführung finden und sich praktisch bewähren müssen.“<sup>2</sup> Und er definiert Entwicklungsländerforschung in Anlehnung an Behrend als „die Systematisierung des Einsatzes optimaler Mittel zur entwicklungs-konformen Mobilisierung der Energien und Ressourcen“<sup>3</sup>.

Aus dieser Definition geht hervor, daß – wie Breitenbach aufgrund einer empirischen Erhebung feststellte – „die deutsche Entwicklungsforschung sich bislang vornehmlich als angewandte ‚praxeologische‘ Forschung im Sinne der Definition von Kaiser<sup>4</sup> verstanden hat und Ansätze zu einer Grundlagenforschung in diesem Bereich erst in letzter Zeit sichtbar geworden sind“<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Handbuch der Entwicklungshilfe, 52. Lieferung – Dezember 1966, II A 49 O BR, S. 1.

<sup>2</sup> Havemann, Hans A., Neue Aspekte der Entwicklungsländerforschung, Westdeutscher Verlag GmbH, Köln und Opladen 1970, S. 34.

<sup>3</sup> Havemann, a.a.O.

<sup>4</sup> Kaiser definiert in Anlehnung an Galtung angewandte Wissenschaft wie folgt: „In den angewandten Wissenschaften ... erhält die Forschung ihre Anregungen von übergeordneten Werten, wie etwa Gesundheit, Wohlfahrt, Produktivität oder Frieden. Hierbei werden die verschiedensten reinen Wissenschaften zu Zuträgerwissenschaften für eine bestimmte angewandte Wissenschaft ... Während die Abgrenzung des Gegenstandes der reinen Wissenschaften aus gewissen Wissenschaftstraditionen herrührt, ergibt sie sich bei den angewandten Wissenschaften aus bestimmten Werten oder, genauer gesagt, aus der tatsächlichen Relevanz reinen Wissenschaften zu Zuträgerwissenschaften für einen bestimmten Wertes: der Teil Physik gehört zur Medizin, der für die Durchsetzung der Gesundheit relevant ist.“

Kaiser, Karl, Friedensforschung in der Bundesrepublik, Hannover 1970, S. 22.

<sup>5</sup> Breitenbach, Dieter, Kritik der Entwicklungsländerforschung, in: Entwicklung und Zusammenarbeit (EuZ), 4/71, S. 11.

Eine solche Grundlagenforschung begreift sich – obwohl nicht einheitlich – im wesentlichen als Entwicklungsprozeßforschung, die die Bedingungen und Voraussetzungen ökologischer und sozialer Entwicklung zu ergründen sucht und zugleich die Reflektion auf die theoretischen Grundlagen der Entwicklungsländerforschung selbst unternimmt.

Nun sind die Begriffe der Entwicklung und des Entwicklungsprozesses nicht eindeutig definiert, so daß eine Bestimmung des Gegenstandes der Entwicklungsländerforschung ebenso schwierig ist, wie eine Bestimmung, welche Relevanz welche Einzelwissenschaften für die Entwicklungsländerforschung haben.

Allenfalls ist über den Begriff der Entwicklungsländer Einigkeit zu erzielen (z. B. Katalog der UNO), so daß einziges und zuverlässiges Eingrenzungskriterium ist, daß es sich um Forschung über Länder handelt, die man den Entwicklungsländern zu zählt. Das scheint auch dem Selbstverständnis der Forschung zu entsprechen, wenn man den Katalog der „Entwicklungsländerstudien“ der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer (DSE) zugrunde legt, der alle Disziplinen und Arbeiten zu jedem Themenkreis enthält, wenn sie nur in der entsprechenden Region stattfinden.

Von den Anforderungen der Politik her definiert sich Entwicklungsländerforschung zunächst einschränkend durch die spezifische Ausrichtung auf die wirtschaftliche Entwicklung. Es zeigt sich jedoch, daß immer mehr Disziplinen in den Interessenzusammenhang von politischer und ökonomischer Verwertung geraten. So erklärte Wischnewski 1968 in einer Rede über „Entwicklungshilfe und Wissenschaft“: „Die praktische Entwicklungsarbeit (habe bestätigt): die soziologische, kulturanthropologische, religionsphilosophische Klärung von Wertvorstellungen bei der Einführung wirtschaftlichen und sozialen Wandels ist mindestens ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger als Natur- und Ingenieurwissenschaften, Medizin oder die ökonomischen Disziplinen“<sup>6</sup>.

Es zeigt sich, daß die traditionelle Länderforschung sich tendenziell entwicklungs-politischen Zielsetzungen unterwirft und so Entwicklungsländerforschung wird.

Dieser Zusammenhang ist in der Kritik wiederholt aufgenommen und dahin formuliert worden, daß die Deutsche Entwicklungsländerforschung die Ziele der Politik und Wirtschaft ungefragt übernommen habe und dadurch eine Dienstleistungs- und apologetische Funktion erfülle. So hieß es auf der Konferenz des „Arbeitskreises jüngerer Asienwissenschaftler“ im Mai 1971:

„Die Bestandsaufnahme dieser Tagung ergibt, daß die westdeutschen asienbezogenen Sozialwissenschaftler an den Fragestellungen und Bedürfnissen der Emanzipationsbewegungen in dieser Region fast völlig vorbeigehen. Statt dessen ordnen sie ihre Arbeitsinhalte häufig unreflektiert den in der BRD herrschenden Verhältnissen ein und der von den spätkapitalistischen Staaten dominierten internationalen Arbeitsteilung unter.

Für uns ergibt sich die notwendige Umorientierung unserer Forschungsziele aus der Rolle der Sozialwissenschaften im Verwertungsprozeß des bundesrepublikanischen Kapitals und der Interdependenz zwischen den spätkapitalistischen und den von ihnen abhängigen Staaten. Eine so neu asienbezogene sozialwissenschaftliche Lehre und Forschung kann sich für die Emanzipationsbewegungen der Region nicht nur im akademischen Freiraum einsetzen, sondern macht klare Stellungnahmen für die Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und gegen die sie unterdrückenden Kräfte, auch in der BRD, notwendig.“<sup>7</sup>

<sup>6</sup> Wischnewski, H. J., *Entwicklungshilfe und Wissenschaft*, Gießen 1968, S. 9.

<sup>7</sup> Asienkonferenz 16.–19. Mai 1971 in Springen/Taunus. Auf dieser Konferenz trafen sich

Dieser Vorwurf trifft das Selbstverständnis vieler Entwicklungsforscher, die ihre Wissenschaft als „Dienstleistungsbetrieb“ verstehen, der „wissenschaftliche Ergebnisse zu gestellten Fragen liefert“<sup>8</sup>.

Die in der Kritik der Asienwissenschaftler anklingende Problematik des Verhältnisses von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft sowie des Interessengegensatzes zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern ist im Rahmen der Entwicklungsländerforschung nur ungenügend reflektiert worden.

Lediglich sporadische Hinweise auf diese Probleme finden sich etwa bei Breitenbach, der meint, daß „die Probleme der Entwicklungsforschung in vieler Hinsicht allgemeine Probleme der Beziehungen zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft reflektieren“<sup>9</sup>. Rieger fragt, wem Entwicklungsländerforschung eigentlich nützt:

„Entwicklungsländerforschung ist wichtig. Daher werden mit Recht jedes Jahr von den ‚Geberländern‘ neben den direkten Leistungen der Entwicklungshilfe beträchtliche Geldsummen für die wissenschaftliche Erforschung der Bedingungen in den ‚Empfängerländern‘ ausgegeben. Davon profitieren nicht nur die Experten der neuen Pseudodisziplin ‚Entwicklungsländerforschung‘, sondern auch die Vertreter alteingesessener zum Teil exotischer Fächer, die den Gegenwartsbezug ihrer Forschung beteuern<sup>10</sup>. Profitieren tut vermutlich auch der Geldgeber, der, wenn auch nicht immer verlässliche, so zumindest von Dritten verantwortete Unterlagen für die Entscheidungsfindung im Bereich der Entwicklungspolitik erhält. Die Frage, die mich beunruhigt, ist, ob auch immer die Entwicklungsländer von dieser Forschungstätigkeit profitieren.“<sup>11</sup>

In Ansätzen wird das Problem auch von Pfeffer gesehen, wenn er sagt:

„In der deutschen Öffentlichkeit muß das Bewußtsein verändert werden. Es geht nicht um Einwerbung von Wohlwollen für die Entwicklung. Es geht auch nicht um den Nachweis . . ., daß die deutsche Bevölkerungsmehrheit oder eine ansehnliche Minderheit ‚ausgebeutet‘ wird wie die Entwicklungsländer . . ., sondern um die Feststellung, daß in Deutschland vielleicht mit Ausnahme der Gastarbeiter und gewisser Randgruppen die meisten Staatsgruppen von der Ausbeute der Entwicklungsländer profitieren, auch wenn sie sich nicht darüber klar sind.“<sup>12</sup>

über 70 jüngere Sozialwissenschaftler aus Deutschland, um eine gemeinsame Ausgangsbasis für eine bessere koordinierte zukünftige Asienforschung in Deutschland zu finden.

<sup>8</sup> Boesch, Ernst E., Die Abstimmung der Arbeit bestehender Institute mit den neu zu gründenden Instituten auf dem Gebiet der Entwicklungsländerforschung, in: DOK 256/65, E 53/13715, Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer (DSE) Bonn, S. 22; Tagungsbericht „Neue Universitäten und Entwicklungsländerforschung“, 8.–9. Februar 1965 in Wesseling bei Köln.

<sup>9</sup> Breitenbach, Dieter, a.a.O., S. 10.

<sup>10</sup> Auf einer DSE-Tagung über Archäologie und Entwicklungsländer wurde festgestellt: „Das touristische Interesse an historischen Denkmälern kann die Arbeit der Archäologen fördern, wie umgekehrt die Grabungen und Restauration von Denkmälern neue Tourismusprogramme und damit erhebliche Deviseneinnahmen für die Entwicklungsländer zur Folge haben können. Aus diesem Grund sollten bei der Planung von Entwicklungshilfemaßnahmen auf dem Gebiet des Tourismus in Ländern mit Projekten der deutschen Archäologie die leitenden deutschen Wissenschaftler um Rat gebeten werden. Gleichzeitig können diese Wissenschaftler – auf Grund ihrer Tätigkeit und Landeskenntnis – Vorschläge für eine gezielte Tourismus-Förderung im Rahmen der Entwicklungshilfe machen.“ DSE, Bonn, DOK 333, S. 7.

<sup>11</sup> Rieger, Hans Christoph, Entwicklungsländerforschung ohne Entwicklungsländer?, in: EuZ, 4/71, S. 12.

<sup>12</sup> Pfeffer, Karl H., Kritische Fragen an die deutsche Entwicklungshilfe – eine Anregung

Oder etwa Bohnet:

„Die Veröffentlichung der Ergebnisse erfolgte meist sehr spät, fast überwiegend in der Muttersprache der Forscher und ohne dem Entwicklungsland zu rechter Zeit und in der adäquaten Sprache Zugang zu den Forschungsergebnissen zu verschaffen. Die Entwicklungspolitik der Industrieländer machte von den Daten und Analysen der Forscher in wachsendem Umfang Gebrauch, um ihre Entscheidungen zu rationalisieren. Das Entwicklungsland war leer ausgegangen.“<sup>13</sup>

Auf ähnlicher Argumentationsebene kritisiert Kantowsky die „mit den herkömmlichen Begriffsinstrumenten arbeitende ‚Entwicklungsländersoziologie‘, da damit die Herausforderungen zur Modifizierung bisher aufgebauter protheoretischer Systeme der ‚euro-amerikanischen Sozialwissenschaften‘ insgesamt abgefangen und in eine Spezialdisziplin verwiesen werden, deren vornehmliche Aufgabe doch wohl vor allem darin gesehen wird, soziographische Details über Entwicklungsländer zu sammeln, zu systematisieren und für politische Entscheidungsprozesse abrufbereit zu halten“<sup>14</sup>.

So zutreffend diese kritischen Einwände sein mögen, sagen sie jedoch nichts über die Gründe und Bedingungen dieser Situation aus. Die Frage danach ist bisher kaum gestellt worden und wird auch nur in einem grundsätzlich erweiterten Bezugsrahmen sinnvoll werden:

Die Entwicklung der modernen Wissenschaft ist seit ihren Anfängen mit der Entstehung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, der industriellen Revolution und der Reifung des Kapitalismus unlösbar verbunden. Wissenschaftliche Forschung wurde erst durch diesen Prozeß und in ihm unmittelbar gesellschaftlich wirkungsvoll, weil sie damit zunehmend aus dem individuellen Interessenbereich des Forschers in den allgemeinen der industriellen Produktion gehoben wurde. Wesentlich dabei ist, daß einmal die Wissenschaft auf die sie lenkende Praxis verändernd zurückwirkt, zum anderen, daß sie ihre Rolle innerhalb der Gesellschaft grundlegend wandelt.<sup>15</sup>

Der gegenwärtige Stand der Wissenschaft – und zwar konkret der Natur – wie Gesellschaftswissenschaften, soweit sie der Entwicklungsländerforschung zuzuordnen sind – ist Widerspiegelung einer gesamtwirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Gesellschaft. Die Funktions- und gegenwärtige Ortsbestimmung der Entwicklungsländerforschung ist daher historisch dorthin zurückzuverfolgen, wo die gesellschaftlichen Anforderungen der Forschung ihren Gegenstand vorgeben.

zum Gespräch, in: Materialien zur Entwicklungshilfekritik, Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer, Bonn, DOK 462 E 94/99, S. 16.

<sup>13</sup> Bohnet, Michael, Das Ende der traditionellen Entwicklungsländerforschung, in: Internationales Asienforum 1/1971, S. 106.

<sup>14</sup> Kantowsky, Detlef, Indien, Gesellschaftsstruktur und Politik, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1972, S. 187.

<sup>15</sup> So unterscheidet Bernal, Wissenschaft, Reinbek 1970, S. 669, seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Phase der ersten privatbetriebenen Wissenschaft, zweitens industriellen Wissenschaft und drittens der staatlichen Wissenschaft.

## Von der Kolonialwissenschaft

Mit der Wende von 1848/1850 erstarkte die deutsche Industrie und entwickelte nach der Reichsgründung in den siebziger Jahren eine Dynamik, die Deutschland im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zur stärksten Macht auf dem Kontinent werden ließ. Die Epoche des ökonomischen Liberalismus (1850-1879) brachte eine anhaltende Prosperität, die zur Basis einer sich voll entfaltenden kapitalistischen Wirtschaft wurde<sup>16</sup>. Die an Größe und Anzahl wachsenden Unternehmen sahen sich zwar allmählich von den bürokratischen Reglementierungen des oft polizeistaatlich agierenden Merkantilismus befreit, schauten aber mit Neid auf die ausländischen Konkurrenten, die sich vor allem in England, Frankreich, den Niederlanden und Portugal auf den umfassenden Schutz und die langfristige Förderung eines Nationalstaates stützen konnten, der zudem noch reiche überseeische Territorien als Quelle zur ursprünglichen Akkumulation sicherte<sup>17</sup>.

Die sich formierenden Interessenverbände aus Industrie und Handel forderten daher einerseits Konstituierung einheitlicher und weiträumiger Rahmenbedingungen für die Sicherung der Gewinnmöglichkeiten im Rahmen der Konkurrenzwirtschaft (z. B. Handels-, Arbeits-, Patentgesetzgebung, Gewährleistung von Freizügigkeit und Gewerbefreiheit, Aufbau der Infrastruktur usw.<sup>18</sup>) andererseits die Aneignung und Sicherung überseeischer Besitzungen. Die Okkupation Patagoniens, Formosas, der Suluinseln und verschiedener Teile Afrikas wurde insbesondere nach 1866 immer wieder von Händlern verlangt. 1867 erschien in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eine Artikelserie, in der die Gründung eines Kolonialreiches propagiert wurde<sup>19</sup>. Die Flut der Bücher, Broschüren, Artikel und Reiseberichte mit Kolonialpropaganda schwoll an, es gab keinen tropischen oder subtropischen Winkel der Erde, der nicht zur Annexion vorgeschlagen wurde<sup>20</sup>. Doch vorerst wehrte Bismarck ab, obwohl weder bei ihm noch bei den von ihm vertretenen Klassen eine grundsätzliche Stellung gegen koloniale Expansion vorlag. Durchschlagende Industrie- und Handelsinteressen waren damals noch nicht vorhanden, innen- wie außenpolitische und strategische Erwägungen überlagerten in dieser Periode vollkommen die ökonomischen.

<sup>16</sup> Hallgarten, G. F., *Imperialismus vor 1914*, Bd. 1, 1963, S. 126 ff.

<sup>17</sup> Spanien und Portugal gründeten im 16. Jahrhundert, Holland, Frankreich und England im 17. Jahrhundert mächtige Kolonialreiche. Neben den Raub und die Ausplünderungen der Kolonien trat mit der Entwicklung des Kapitalismus mehr und mehr der Überseehandel, der weitgehend von den großen privilegierten Gesellschaften, wie der 1602 gegründeten niederländisch-ostindischen Gesellschaft oder der englisch-ostindischen Kompanie, monopolisiert war.

<sup>18</sup> Vgl. Hirsch, J., *Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Organisation und Grundlagen administrativer Wissenschaftsförderung in der BRD*, Frankfurt 1970, S. 20.

<sup>19</sup> Vgl. Nussbaum, M., *Vom „Kolonialenthusiasmus“ zur Kolonialpolitik der Monopole*, Berlin 1962, S. 18.

<sup>20</sup> Vgl. Schramm, P. E., *Deutschland und Übersee*, Braunschweig 1950, S. 425 ff., und Nussbaum, a.a.O., S. 18. „Die Kaufleute hatten die Voraussetzung dafür geschaffen, daß Deutschland Kolonien erwerben konnte. Die Männer der Feder hatten die Öffentlichkeit für den Kolonialgedanken erwärmt... Männer, die etwas von Übersee verstanden, sind es also gewesen, die das Interesse ihrer Landsleute weckten, dazu Männer mit einer gediegenen Bildung“, Schramm, a.a.O., S. 430, 426.

Entscheidend für den Eintritt Deutschlands in die Reihe der Kolonialmächte ist die ökonomische Entwicklung seit der Reichsgründung, die einerseits durch die zunehmende Verschmelzung von Industrie-, Finanz-, Handels- und Agrarkapital, andererseits durch die langanhaltende Krise seit 1873 gekennzeichnet war. Bei steigender industrieller Produktion und beschränkten inländischen Absatzmöglichkeiten erhöhte sich die Bereitschaft, den Kampf um den Weltmarkt aufzunehmen. Um die Hindernisse auf diesem Wege zu überwinden, war die deutsche Bourgeoisie jedoch auf den Staatsapparat angewiesen. Dieser beschleunigte mit der Verabschiedung der Schutzzollgesetzgebung 1879 nicht nur den Prozeß der Kartellbildung und Monopolisierung der Industrie – und verbesserte damit die Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt –, sondern leitete zugleich die „Ära des konservativ bürokratischen Interventionismus“ ein<sup>21</sup>, dessen gesellschaftliche Grundlage das Interessenbündnis zwischen den Kapitalfraktionen von Industrie und Banken und dem Feudaladel von Großagrariern und Bürokratie bildete. Sie waren es auch, die ihren Forderungen nach Kolonien organisatorischen Ausdruck verliehen durch Gründung des Kolonialvereins 1882<sup>22</sup>, der Regierung und Reichstag zu einer Kolonialpolitik zwingen und das oppositionelle Kleinbürgertum vom Kolonialgedanken überzeugen sollte; beides gelang. Das heißt, „man kann die Kolonialbewegung in Deutschland deshalb ihrem Umfang und ihrer Breitenwirkung nach nicht als eine nur monopolistische Bewegung betrachten. Es handelt sich vielmehr um ein Aggregat verschiedener Interessengruppen, die mit unterschiedlichen Hoffnungen, Zielen und Illusionen der Kapitalspekulation nachhängen“<sup>23</sup>. Die bürgerliche Opposition gegen die Kolonialexpansion war nicht grundsätzlicher Natur, ihr klassenmäßiger Hintergrund waren der anglophile Teil des Handels- und Finanzkapitals und breite Teile des Mittel- und Kleinbürgertums<sup>24</sup>. Sie verteidigten den Kapitalismus der freien Konkurrenz, genauer den Freihandel<sup>25</sup>. Entschieden wurde die Kolonialpolitik nur von den Führern der sozialdemokratischen Partei kritisiert<sup>26</sup>.

<sup>21</sup> Vgl. Hirsch, J., a.a.O., S. 27.

<sup>22</sup> Er wurde 1887 mit der „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“ (1884 gegründet) zur „Deutschen Kolonialgesellschaft“ vereinigt.

<sup>23</sup> Büttner, K., Die Anfänge der Deutschen Kolonialpolitik in Ostafrika, Berlin 1959, S. 20. Die Vielfalt dieser Interessen wird in der Vielzahl der Vereinsgründungen im Laufe der Zeit sichtbar: 1849 Kolonialverein Hamburg, 1870 Missions-Handelsaktiengesellschaft zu Barmen, 1875 Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, 1878 Zentralverein für Handelsgeographie, 1880 Westdeutscher Verein für Kolonisation und Export, 1884 Syndikat für Westafrika (ab 1903 Verein Westafrikanischer Kaufleute), 1885 Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, 1886 Neu-Guinea Company, 1887 Deutsche Kolonialgesellschaft (vgl. o. Anm. 22), 1890 Alldeutscher Verband, 1892 South-West-Africa Company Ltd., 1895 Kakaoland- und Minengesellschaft, 1900 Ost-Asiatischer Verein, 1916 Ibero-Amerika Verein.

In diesen Gesellschaften spielten zunächst Geographen, Entdecker, Abenteurer, Exmissionare und Flottenoffiziere sowie ein paar Kaufleute als Gründer und Organisatoren eine Rolle. Sie wurden jedoch später vom Großkapital verdrängt. Vgl. Nussbaum, a.a.O., S. 141 ff., und Büttner, a.a.O., S. 97 ff.

<sup>24</sup> Hallgarten, a.a.O., S. 208; Nussbaum, a.a.O., S. 60–61.

<sup>25</sup> Vgl. Büttner, a.a.O., S. 21.

<sup>26</sup> So brandmarkte W. Liebknecht am 4. 3. 1885 im Reichstag den Kolonialismus als „Totentanz der ... bürgerlichen Gesellschaft, die ihre letzten Karten ausgespielt hat und ihren Bankrott proklamiert“. „Sie exportieren einfach die soziale Frage“, zitiert nach Büttner, S. 21. Oder Bebel am 26. 1. 1889 im Reichstag: „Wer ist denn diese Ostafrikanische

Wissenschaft und Forschung standen – soweit sie sich auch nur in irgendeiner Weise mit Übersee und Kolonien beschäftigten – durchaus nicht außerhalb dieser Interessenauseinandersetzung<sup>27</sup>. „Die Tatsache, daß zahlreiche bürgerliche Professoren, Naturwissenschaftler, Lehrer usw. den Kolonialverein unterstützen, ist vor allem aus dem ideologischen und materiellen Einfluß zu erklären, den die bürgerliche Gesellschaft auf ihre eigenen Mitglieder ausübte. Nationalistische Ideologie, kleinbürgerliche Vereinsmeierei und eine der sozialen Stellung des einzelnen und dem Druck der gesellschaftlichen Umgebung entspringende Vorstellung von Mitmachenmüssen haben sicherlich viele Mitglieder des Kolonialvereins werden lassen . . . Dazu gehörten Universitätsprofessoren und Lehrer. Die Haltung des größten Teils von ihnen wurde von der Haltung der Regierung bestimmt, sie aber beeinflussten wieder unmittelbar tausende Schüler und Anhänger.“<sup>28</sup>

Der auf Universalität bezogene Charakter, den die Forschungen der Reisenden zum Beginn des 19. Jahrhunderts hatten<sup>29</sup> und der ihre Ergebnisse der unmittelbaren technologischen Umsetzung entzog, wurde abgelöst durch zunehmende Indienststellung für die sich durchsetzenden Kolonialinteressen<sup>30</sup>, die mit der methodologischen Emanzipation der technischen Fachdisziplinen einherging. Geographie, Völkerkunde, Sprachwissenschaft, Geologie, Mineralogie, Botanik und Zoologie, die angewandten Naturwissenschaften wie Landwirtschaftslehre, Hygiene, Veterinärwesen werden zu „Grenz- und Hilfswissenschaften“<sup>31</sup> einer Kolonialwissenschaft, der die Mittelstellung „einer selbständigen Disziplin zwischen Volkswirtschaftslehre und Weltwirtschaftslehre im Rahmen der Staatswissenschaften“ zugewiesen wird.

Gesellschaft? Ein kleiner Kreis von Großkapitalisten, Bankiers, Kaufleute und Fabrikanten, d. h. ein kleiner Kreis von sehr reichen Leuten, deren Interessen mit den Interessen des deutschen Volkes gar nichts zu tun haben, die bei ihrer Kolonialpolitik nichts als ihr eigenes persönliches Interesse im Auge haben“, zitiert nach Büttner, S. 21.

<sup>27</sup> Vgl. Dankwort, D., Der Beitrag der Deutschen Stiftung zur Wissenschaftsförderung, in: EuZ 11/1969, S. 16. Bernal, a.a.O., betont, in welchem Maß der „Einfluß der Klassenspaltung von Anfang an die Wissenschaft sowohl materiell als auch ideologisch durchdrungen und ihre Struktur, ihre Entwicklung und ihre Anwendung beeinflusst hat“ (S. 1144), daß diese Klassenspaltung „die Wissenschaftler mit den Beamten auf die Seite der Herrschenden stellte, während die Handwerker gerade eine Stufe über den Bauern standen und oft sogar selbst Sklaven waren“, S. 1122.

<sup>28</sup> Nussbaum, a.a.O., S. 51–53.

<sup>29</sup> Vgl. Opitz, F., Asienforschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Mitteilungen des Instituts für Asienkunde 1971, Nr. 41, S. 8 f.; Forde, D., Die Entwicklung der Afrikawissenschaften, in: Internationales Afrika-Forum, Heft 2/3, 1963; Schiffers, H., Die aktuelle Bedeutung der Wissenschaft von und in Afrika, in: Afrika, 1961, Heft 2, Jg. 3; Fanger, U.: Lateinamerikaforschung in der Bundesrepublik, in: Europaforum 1970, S. 30 ff. Allerdings waren Astronomie und Geographie und ihre Anwendung in der Navigation Vorbedingungen für die Entdeckungen. Die Erfolge der wissenschaftlichen Medizin bei der Bekämpfung der Infektionskrankheiten in Europa Ende des 19. Jahrhunderts machte die Durchdringung und die organisierte Ausbeutung auch der tropischen Gebiete überhaupt erst möglich. Bernal, a.a.O., S. 462–524.

<sup>30</sup> Vgl. etwa Forde: „Man entdeckt nun die praktische, vor allem auch politische Bedeutung einer systematischen Untersuchung der afrikanischen Gesellschaftsformen und Kulturen zur Stunde, da sie in den Kreis der westlichen Zivilisation einbezogen werden.“

<sup>31</sup> Leutwein, in: Handwörterbuch der Deutschen Staatswissenschaften, Jena 1923, S. 781, Stichwort „Kolonien und Kolonialpolitik“.



„Faßt man doch heute noch die gesamte Wirtschaft, Verwaltung und Politik aller Kolonialreiche in der Kolonialwissenschaft zusammen.“<sup>32</sup>

Der pragmatisch verkürzte theoretische und methodische Ansatz dieser Disziplinen<sup>33</sup>, ihre dienstleistende Zuordnung zu den Wirtschaftswissenschaften und ihre zum Teil apologetisch propagandistische Zielrichtung lassen über ihre Funktionalisierung für die herrschenden Kolonialinteressen keinen Zweifel aufkommen. Neben der Geschichtswissenschaft lieferte insbesondere die Rechtswissenschaft jene herrschaftslegitimierenden Begründungen und Theorien, die sie zur „unentbehrlichen Hilfswissenschaft“<sup>34</sup> machte:

Staats- und Völkerrechtler entwickelten schon bald mehr oder weniger in sich geschlossene, schriftlich fixierte oder nur praktizierte Normen, die das „Auseinanderklaffen von Recht und wirtschaftlichem Bedürfnis“<sup>35</sup> auf die interessengemäße Identität brachten. Die Scheidung zwischen „souveränen“ und „nichtsouveränen“ Staaten, die auf der Rankeschen Konzeption von den „geschichtsbildenden“ und „geschichtslosen“ Völkern aufbaut, die Anerkennung der kolonialen Okkupation als Völkerrechtliches Institut<sup>36</sup>, gab die schon 1888 international abgesicherte Justifikation des Kolonialraubes<sup>37</sup>: da gemäß dieser „Normenbildung“ bei den „gänzlich unzivilisierten oder halbzivilisierten“ Völkern, die „Staatenbildung wenigstens nach europäischer Anschauung“ fehlt, galten die Territorien als „völkerrechtlich herrenlos“, jedoch nur so lange, bis eine der Kolonialstaaten sich ihrer bemächtigte<sup>38</sup>.

„Die ökonomische Entwicklung hat bereits um die Jahrhundertwende einen Stand erreicht, angesichts dessen es nicht mehr ausreichte, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt den Zufälligkeiten spontaner Forscher- und Erfindertätigkeit zu überlassen, die fallweise ökonomisch verwertet werden konnten.“<sup>39</sup> Mit dem Übergang von kleinen, in Familienbesitz befindlichen Unternehmen in große Aktiengesellschaften begann auch die Organisierung von wissenschaftlicher Forschung und technischer Entwicklung: zum einen werden Wissenschaftler zu Geschäftsleuten<sup>40</sup>,

<sup>32</sup> Leutwein, a.a.O., S. 781.

<sup>33</sup> „Da die Kolonialwissenschaft eine Erfahrungswissenschaft ist, wird die Methode sich zweckmäßig vorwiegend auf geschichtliche Tatsachen aufbauen. Hierzu rechnen wir auch die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik, des Geld- und Finanzwesens, der Statistik und dergleichen . . . Allgemeine Theorien und Begriffsbildungen werden dagegen zurücktreten. Sie sind natürlich unentbehrlich, aber nur insoweit, als sie der Systematisierung des zu verarbeitenden Materials und der Anschauung dienlich sind.“ Leutwein, a.a.O.

<sup>34</sup> „Unentbehrlich ist die Rechtswissenschaft als Hilfswissenschaft insbesondere in Gestalt des öffentlichen Rechts und der rechtskundigen Erforschung der bestehenden Eingeborenenrechte.“ Leutwein, a.a.O., S. 782.

<sup>35</sup> So Simon, V., Deutsche Kolonialgesellschaften, in: Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht, Bd. 34 (1887), S. 1368.

<sup>36</sup> Böhme, H., Die Erwerbung der deutschen Schutzgebiete, Hamburg 1902, S. 21, und Adam, R., Völkerrechtliche Okkupation und Deutsches Kolonialrecht, in: Archiv für das Öffentliche Recht 1891, S. 224.

<sup>37</sup> In diesem Jahr veranstaltete das „Institut de Droit International“ in Lausanne eine Tagung über die Regeln der Kolonialokkupation unter Beteiligung der namhaftesten Völkerrechtler. Der Kolonialerwerb wurde in zehn Artikeln des „Projet de déclaration internationale relatives aux occupations des Territoires“ spezifiziert.

<sup>38</sup> Böhme, H., a.a.O., S. 28.

<sup>39</sup> Hirsch, J., a.a.O., S. 31.

<sup>40</sup> Z. B. Kelvin, Edison, Siemens, Burner, vgl. Bernal, S. 524.

zum anderen fallen in diese Zeit die ersten staatlichen Förderungsmaßnahmen für Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen<sup>41</sup>.

Allerdings nur in Forschungsbereichen, die direkt verwertbare Ergebnisse für die Großindustrie brachten. Andere Bereiche, wie z. B. der der Überseeforschung, verdankten ihre Institutionalisierung denjenigen Kolonialinteressenten, die schon bei den Vereinsgründungen im Vordergrund standen<sup>42</sup>. So entstanden Forschungseinrichtungen, die den Wechsel der politischen Entwicklung zum Teil bis heute überdauert haben, wie beispielsweise:

1898 Forschungsinstitut für Kulturmorphologie (heute Frobenius-Institut der Universität Frankfurt)

1900 Bernhard-Nocht-Institut für Schiffs- und Tropenkrankheit

1908 Hamburger Weltwirtschaftsarchiv

1909 Deutsches Kolonialinstitut (heute: Universität Hamburg)

1914 Institut für Weltwirtschaft Kiel

1916 Ibero-Amerikanisches Forschungsinstitut der Universität Hamburg

1919 Institut für Außenhandel- und Überseewirtschaft der Universität Hamburg

Die enge Verflechtung der Staatsbürokratie mit den dominierenden Interessen der deutschen Bourgeoisie vollzog sich bereits in dieser Zeit nicht über das Parlament, sondern über den direkten Kontakt der Verwaltung mit den Konzernen und Verbänden<sup>43</sup>. Hinzu trat ein Geflecht von Kommissionen und Beiräten, die die Zusammenarbeit von Bürokratie und Wirtschaft institutionalisierte. So auch der im Oktober 1890 gegründete Kolonialrat, der als „Sachverständiger Beirat für koloniale Angelegenheiten“ beim Auswärtigen Amt fungieren sollte. Die Zusammensetzung seiner Mitglieder<sup>44</sup> weist ihn als „Gremium der mächtigsten Kolonialinteressen aus, die dafür sorgten, daß die Regierungsmaßnahmen auch tatsächlich mit ihren Interessen in Einklang standen“<sup>45</sup>. D. h., Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse für die gesellschaftliche Reproduktion, soweit sie nicht zur großindustriell verwertbaren Forschung gehörten, erfolgte auch in der Phase des Übergangs vom liberalen Freihandels- zum Monopolkapitalismus über den Interessenausgleich privatkapitalistischer Interessengruppen; der Staat hatte sich noch nicht unmittelbar in die Steuerung der wissenschaftlichen Produktion eingeschaltet – dieses sollte erst in seiner staatsmonopolistischen Phase eintreten<sup>46</sup>.

Die „Kolonial- und Überseeorientierung“ der deutschen Wirtschaft und Politik, aber auch der Forschung, endete nicht mit dem Verlust der Kolonien im Jahre 1918, sie entwickelte nur – aus der weltpolitischen Situation heraus – unter dem Deckmantel „nicht-Kolonialmacht“ andere Formen der Einflußnahme auf die Politik afrikanischer,

<sup>41</sup> 1887 Physikalisch-technische Reichsanstalt, 1911 Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 1912 Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt. Cartellieri, W., Die Großforschung und der Staat, 1967, Teil 1, S. 19 ff.

<sup>42</sup> Vgl. oben Anmerkung 23.

<sup>43</sup> Hirsch, J., a.a.O., S. 35 ff.

<sup>44</sup> „Zwölf Vertreter des großen Kolonialkapitals bzw. der konzessionierten Kolonialgesellschaften, neun Vertreter der Missionen und der mittleren Afrikakaufleute sowie zwei Wissenschaftler.“ Vgl. Nussbaum, a.a.O., S. 146.

<sup>45</sup> Nussbaum, M., a.a.O., S. 146.

<sup>46</sup> Hirsch, J., a.a.O., S. 55 ff. und 63–64.

asiatischer und lateinamerikanischer Staaten<sup>47</sup>. Eine qualitativ neue Stufe in dem Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft wird jedoch erst mit der wissenschaftlich-technischen Revolution nach dem Zweiten Weltkrieg erreicht.

### ... zur Entwicklungsländerforschung

Mit der zu Beginn der sechziger Jahre aufkommenden allgemeinen wissenschafts- und bildungspolitischen Aktivität in der Bundesrepublik Deutschland rückte auch die wissenschaftliche Forschung in das entwicklungspolitische Handlungsfeld. Die Gleichzeitigkeit der Verstärkung der allgemeinen staatlichen Wissenschaftsförderung am Ende der Rekonstruktionsphase, der Einstieg der Bundesrepublik Deutschland in die Entwicklungspolitik und die Erweiterung von Entwicklungsländerforschung ist nicht zufällig. Vielmehr ist sie ebenso wie die verstärkten staatlichen Institutionalisierungstendenzen zur Schaffung einer wissenschaftlichen Infrastruktur<sup>48</sup> äußere Konsequenz einer qualitativen Positionsveränderung der Wissenschaft: „Sie ist aus der Zuständigkeit des individuellen Forschers und aus den partiellen Profitinteressen des einzelnen Unternehmens herausgenommen und zu einem wichtigen Betätigungsfeld der staatlichen Administration geworden.“<sup>49</sup> Die Bedingungen dieser Veränderung liegen in der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, in der technischer Fortschritt, Wissenschaft und Bildung im entscheidenden Umfang wachstumsgewährleistende und systemstabilisierende Funktionen erhalten<sup>50</sup>. Das bedeutet nicht die Verlagerung der wissenschaftlichen Forschung aus dem ökonomischen in den politischen Raum. Deren grundsätzliche Verschmelzung sowohl organisatorisch als auch funktional ist gerade das grundlegende Merkmal des gegenwärtigen Stadiums des Kapitalismus und führt dazu, daß die staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung dort ihren Schwerpunkt hat, wo private Kapitalverwertung unmittelbar und kurzfristig zu sichern ist, anders gesagt: „Forschungsprojekte, die nicht politisch ein-

<sup>47</sup> Vgl. etwa Peck, J., *Kolonialismus ohne Kolonien*, Berlin 1961, und Kossok, M., *Sonderauftrag Südamerika*, in: *Lateinamerika zwischen Emanzipation und Imperialismus*, Berlin 1961.

<sup>48</sup> Balke, S. (Minister für Atomenergie): „Ein Staat wie die BRD benötigt eine Organisationsform zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, die eine bessere Zusammenarbeit der staatlichen Maßnahmen mit den Hochschulen und Forschungsinstituten und der Wirtschaft ermöglicht. Die politischen Instanzen werden, um die soziale Entwicklung, die Erfüllung internationaler Verpflichtungen unseres Landes und die Produktivität unseres Wirtschaftssystems zu sichern, nicht zögern dürfen, ein Bundesorgan zu schaffen, das die wissenschaftliche Forschung in ihrer vielfältigen Gestalt verantwortlich betreuen kann.“ *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Bonn*, 7. 12. 1971.

<sup>49</sup> Hirsch, J., a.a.O., S. 65.

<sup>50</sup> Stoltenberg, G., „Die Wirtschaft der BRD muß in der Lage sein, an der vordersten Front der Forschung und Entwicklung eigene Leistungen zu vollbringen... Ein Nachlassen der Wettbewerbsfähigkeit, die Bedrohung der Arbeitsplätze und der sozialen Stabilität wären die Folgen“, in: *Staat und Wissenschaft*, Stuttgart 1969, S. 25 ff. Die in letzter Zeit intensiv geführte Diskussion um die „Wissenschaft als Produktivkraft kann in diesem Rahmen nur angedeutet werden. Vgl. die bereits angeführte Arbeit von Hirsch sowie Altwater, E., *Wissenschaft als Produktivkraft*, in: *Zur politischen Ökonomie des Bildungswesens*, Erlangen 1971, und Schuon, K. Th., *Wissenschaftlich-technische Revolution im Spätkapitalismus*, in: *Blätter für Deutsche und Internationale Politik*, 2/1972, S. 76 ff.

flußreichen, d. h. gut organisierten Kapitalinteressen dienen, werden ignoriert.“<sup>51</sup> Diese Problematik zeigt sich insbesondere bei den Gesellschaftswissenschaften<sup>52</sup>, und zwar auch dort, wo sie sich im Rahmen der Entwicklungsländerforschung in einen neuen, administrativ formierten Bereich integrieren<sup>53</sup>.

Die deutsche Wirtschaftsentwicklung der Nachkriegszeit ist zu einem wesentlichen Teil durch ihre starke Exportorientierung gekennzeichnet. Zur Absicherung der Exportchancen war die Entwicklungshilfe seit Beginn der fünfziger Jahre ein genuiner Bestandteil staatlicher Wirtschaftspolitik<sup>54</sup>. Die institutionelle Zuordnung der Entwicklungshilfe zum Wirtschaftsministerium war daher folgerichtig. Ebenso folgerichtig war 1956 die Einrichtung eines 50-Millionen-DM-Titels „Förderung wirtschaftlich unterentwickelter Länder beim Auswärtigen Amt, um in der Systemauseinandersetzung mit dem Kommunismus diesem auf dem am gefährdetsten erscheinenden Feld der Entwicklungsländer präventiv begegnen zu können“<sup>55</sup>.

Als im Jahre 1961 das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) gegründet wurde, war das zwar ein spezieller Ausdruck der allgemeinen Veränderung in der organisatorischen Gestaltung des staatlichen Apparates, nicht aber eine Veränderung in den politischen Zielen<sup>56</sup>. Die Wettbewerbssituation hatte sich auf Grund der „importierten Inflation“ verschlechtert, es wurden strukturelle Nachteile der deutschen Industrie sichtbar, die Zahlungsbilanzüberschüsse schrumpften, und seit 1960 waren die Zuwachsraten der Investitionen tendenziell rückläufig. Während die durchschnittliche Wachstumsrate des realen Bruttosozialproduktes bis 1960 etwa 8% jährlich war, ging sie bis 1967 auf durchschnittlich 4% zurück<sup>57</sup>. In der Folge wurde die Notwendigkeit eines längerfristigen Planungsinstrumentariums mit gesamtgesellschaftlichem Aktionsradius diskutiert. Dies machte eine Reorganisation des administrativen Apparates und seiner Regierungstechniken notwendig und ließ

<sup>51</sup> Rödel, U., Forschungsprioritäten und Technologische Entwicklung, Frankfurt 1972, S. 34; Schuon, K. Th., Wissenschaft und Politik in der spätkapitalistischen Klassengesellschaft, in: Das Argument 1971, 65 Heft 4/5, S. 336; Hirsch, J., a.a.O., S. 261.

<sup>52</sup> Schuon, K. Th., Wissenschaftlich-technische Revolution im Spätkapitalismus, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, 2/1972, S. 89.

<sup>53</sup> „Entwicklungsforschung besitzt dort (Länderparlamente, Bundestag, zuständige Ministerien) bisher im Vergleich zur Kernforschung und anderen Bereichen keine Prioritäten“, Danckwortt, D., Der Beitrag der Deutschen Stiftung zur Wissenschaftsförderung, in: EuZ, 11/69, S. 17.

<sup>54</sup> „Für die langfristige Entwicklung des deutschen Außenhandels ist es deshalb bedeutsam, daß die Bundesrepublik Deutschland stärker als bisher die in der technischen Hilfeleistung liegenden Möglichkeiten nutzt und sich dadurch rechtzeitig den bei ihrer Exportabhängigkeit so wichtigen Platz auf den weniger entwickelten Märkten sichert... Form und Zielrichtung eines solchen deutschen technischen Hilfeleistungsprogramms müssen auf die Interessen sowie die finanziellen und personellen Möglichkeiten der deutschen Wirtschaft abgestimmt werden.“ Bundeswirtschaftsministerium 1954, Entwurf, „Förderung der technischen Hilfeleistung für weniger entwickelte Gebiete“, zitiert nach Dennert, J., Entwicklungshilfe geplant oder verwaltet?, Gütersloh 1968, S. 12.

<sup>55</sup> Vgl. Dennert, a.a.O., S. 13, der die um die Sicherung des Westens und die Eindämmung des Kommunismus kreisende Diskussion im Auswärtigen Amt zu jener Zeit referiert. Vgl. auch Kapferer, R., Entwicklungshilfe zwischen Neoimperialismus und Weltinnenpolitik, in: Politik und Zeitgeschichte, B 24/71, S. 29.

<sup>56</sup> Vgl. Kapferer, R., a.a.O., S. 32 ff.

<sup>57</sup> Hirsch, J., a.a.O., S. 80–81.

damit auch die Wissenschaftsförderung stärker auf die politische Tagesordnung treten.

In diesem Zusammenhang sind die umfangreichen Bemühungen des BMZ seit seiner Gründung zu sehen, das wissenschaftliche Vorfeld thematisch und organisatorisch auf seine Erfordernisse hin zu strukturieren<sup>58</sup>. Im Verein mit den Bundesländern und der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer (DSE) als Clearing-Stelle<sup>59</sup> begann ein gezielter Aufbau neuer und die Reorganisation bestehender Forschungseinrichtungen für die Entwicklungsländerforschung:

Die regionalen Dokumentations- und Forschungsstellen der Ländervereine wurden zu Dokumentationsleitstellen ausgebaut und fehlende Regionen durch Neugründungen erfaßt. Die Dokumentationsleitstelle für Afrika liegt beim Deutschen Institut für Afrikaforschung (1963 vom Afrika-Verein gegründet), die Dokumentationsleitstelle für den Nahen und Mittleren Osten beim Deutschen Orientinstitut (1960 vom Nah- und Mittel-Ost-Verein gegründet), die Dokumentationsleitstelle für Lateinamerika beim Institut für Ibero-Amerikakunde (1962 vom Ibero-Amerika-Verein gegründet). Die Dokumentationsleitstelle für Asien ist das Deutsche Institut für Asienkunde, das 1956 auf Initiative des Auswärtigen Amtes und des Deutschen Bundestages gegründet wurde. Alle vier Institute wurden inzwischen in der Stiftung Deutsches Überseeinstitut zusammengefaßt.

Ebenfalls in den sechziger Jahren kam es zu einer Reihe von Institutsgründungen durch die Länder: u. a. das Institut für Entwicklungspolitik in Bochum, das Südasieninstitut in Heidelberg und das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik in Berlin. Andere schon bestehende Einrichtungen wurden ausgebaut oder reorganisiert, wie z. B. die Forschungsstelle für Entwicklungs- und Erziehungshilfe an der Universität Saarbrücken und das Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg oder die Zusammenfassung mehrerer Institute im Tropeninstitut Gießen.

Darüber hinaus wurden unter aktiver Mitwirkung von BMZ und DSE die vier regionalen wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaften<sup>60</sup> und der Interdisziplinäre Arbeits-

<sup>58</sup> „Als zu Beginn der sechziger Jahre die deutsche Entwicklungspolitik in zunehmenden Maße mit der Problematik einer Vielzahl von Entwicklungsländern konfrontiert wurde, bestand ein immer stärkeres Bedürfnis, wissenschaftliche Institute mit der Klärung dieser völlig neuartigen Probleme zu beauftragen. Die wissenschaftliche Infrastruktur der BRD war in diesen Jahren aber nur zu einem geringen Maße für diese Aufgabenstellung geeignet ... Die deutschen wissenschaftlichen Institute beschäftigten sich damals mit der traditionellen Länderforschung ... Wenn sich die deutsche Entwicklungspolitik aber auf die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Grundlagenforschung stützen wollte, waren eine Neuorientierung und Neugründung übergreifender wissenschaftlicher Institute an den Universitäten und technischen Hochschulen dringend erforderlich“, von Schott, O., Der Beitrag der Länder zur entwicklungspolitischen Forschung, in: Auslandskurier, 1968, Heft 4/5, S. 30.

<sup>59</sup> Bis Ende 1969 veranstaltete sie etwa 40 Wissenschaftstagungen zur Koordinierung und Organisation. Vgl. zur Rolle der DSE in der Wissenschaftsförderung, Dankwort, D., in: EuZ 11/69, S. 16 ff.

<sup>60</sup> Arbeitsgemeinschaft deutscher Lateinamerikainstitute (1965); Arbeitsgemeinschaft der Forschungs- und Dokumentationsstellen Vorderer Orient (1967); Arbeitsgemeinschaft der Afrikainstitute (1967); Arbeitskreis für gegenwartsbezogene Forschung und Dokumentation für Südasien und Ostasien (1967); ferner die Arbeitsgemeinschaft des Instituts für Entwicklungspolitik Bochum mit dem Institut für Internationale Technische und Technisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit.

kreis für Entwicklungsländerforschung (IAFEF) gegründet. In diesem Prozeß der Institutionalisierung der Entwicklungsländerforschung schienen die traditionellen wissenschaftlichen Gesellschaften kaum eine Rolle zu spielen.

Nach den vorliegenden Erhebungen gibt es zur Zeit 244 Forschungsinstitute, die sich mit Entwicklungsländern beschäftigen, davon sind 105 auf Afrika spezialisiert, 44 auf Lateinamerika, 27 auf Asien, 69 sind überregional orientiert<sup>61</sup>. Mit einem Bruchteil davon, nämlich etwa 50–70, hat das BMZ in der Vergangenheit zusammengearbeitet<sup>62</sup>, und die Förderungsmaßnahmen und Konzentrationsbemühungen der Administration beschränkten sich wiederum nur auf einen Teil von ihnen.

Die weitere Verklammerung von Wissenschaft und Administration erfolgte 1962 mit Gründung des wissenschaftlichen Beirats beim BMZ zur Beratung grundsätzlicher Fragen. Er setzt sich im wesentlichen aus den Vertretern der vom BMZ schwerpunktmäßig geförderten Institute zusammen.

Zweierlei ist an diesem Konzentrationsprozeß bemerkenswert: Einmal der Ausbau und die verhältnismäßig starke staatliche Förderung von Institutionen, die durch die Wirtschaft getragen werden (vor allem der Regionalinstitute in Hamburg). Zum anderen kamen die Initiativen zur organisatorischen Neugliederung fast ausschließlich von der Administration. Hierin beansprucht sie die alleinige Kompetenz: „Das BMZ ist federführend und koordinierend in der Entwicklungsforschung.“ Es hat „unter Heranziehung der beteiligten Ressorts (BMBW, AA) und der Kultusministerkonferenz (KMK) alle in Frage kommenden Finanzierungsträger zusammenzuführen, d. h. alle Stiftungen insbesondere DFG, VW-Stiftung, Thyssenstiftung, Kübelstiftung und den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft“<sup>64</sup>.

Tatsächlich ist dieses Ziel jedoch nicht erreicht worden. Allein im Bereich der Bundesbürokratie gibt es eine Vielzahl isolierter Forschungsinitiativen, so vom AA, BMVG, BMWI, BMBW. Über den aktuellen Stand, Umfang und Inhalt dieser Forschung ist wenig bekannt. Auch die Projektförderung der genannten Stiftungen und der DFG scheinen nicht Ergebnis koordinierter Forschungsplanung zu sein.

Der Umfang der organisatorischen Bemühungen steht in keinem Verhältnis zu dem finanziellen Aufwand der Wissenschaftsausgaben, die in keinem Jahr 4,5 Mio DM überstiegen<sup>65</sup>. Ihre marginale Bedeutung zeigt auch ein Vergleich mit den Ausgaben des BMZ für Lagerstätten-, Explorations-, und geologischen Forschungen<sup>66</sup>. Von 1961 bis 1972 wurden dafür insgesamt 60 Mio DM bereitgestellt, davon etwa 49 Mio DM nach 1966. Die langfristige Sicherung der Rohstoffversorgung nahm in diesen Jahren eine wichtige Stellung in der Politik des Wirtschafts- und auch des Wissenschaftsministerium ein<sup>67</sup>. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen<sup>68</sup> absorbieren ein

<sup>61</sup> Etwa  $\frac{3}{4}$  (187) der Forschungseinrichtungen sind Universitätsinstitute.

<sup>62</sup> Vgl. von Schott, O., Entwicklungspolitik und Wissenschaft, in: EuZ 11/69, S. 9.

<sup>63</sup> Staatssekretär Sohn, in: DSE, DOK 543, S. 3.

<sup>64</sup> DSE, DOK 543, S. 8.

<sup>65</sup> 1967: 2,8 Mio. DM; 1968: 3,0 Mio. DM; 1969: 2,9 Mio. DM; 1970: 3,3 Mio. DM; 1971: 4,3 Mio. DM; 1972: 4,3 Mio. DM (Sollansatz).

<sup>66</sup> Bundeshaushalt Kapitel 2302, Titel 68601. Eine Analyse des politischen Rahmens und der Bedingungen dieser Forschungen ist bisher nirgends geleistet worden.

<sup>67</sup> Vgl. Grundlinien der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, in: Bundesratsdrucksache 53/70, Nr. 76 ff. „Für eine hochentwickelte Industriewirtschaft ist neben der stetigen und billigen Versorgung mit Energie auch ein störungsfreier Bezug von mineralischen Rohstoffen von Bedeutung. Solche Rohstoffe sind z. B. Nickel, Chrom, Mangan, Molybden,

umfangreiches Forschungspotential und binden weitere Kapazitäten des allgemeinen Forschungsetats in Form geographischer Untersuchungen, Erstellungen von Rohstoffindices usw.<sup>69</sup>.

Diesen politischen Bemühungen zur Ausrichtung der Wissenschaft auf die Zwecke der Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik kommt ein Selbstverständnis der Forscher entgegen, die ihre Wissenschaft als „Dienstleistungsbetrieb“ verstehen, der „wissenschaftliche Ergebnisse zu gestellten Fragen liefert“<sup>70</sup>. Aber schon die Fragestellung: „Wie kann der Entwicklungsprozeß durch wissenschaftliche Erkenntnisse beeinflusst und gesteuert werden?“<sup>71</sup> hat dann jene technifizierte Formel zur Antwort, die Entwicklungsländerforschung als „Systematisierung des Einsatzes optimaler Mittel zur entwicklungs-konformen Mobilisierung der Energien und Ressourcen in den sogenannten Entwicklungsländern“<sup>72</sup> definiert.

Die mangelnde Reflektion darüber, welche Auswirkungen auf die thematische und inhaltliche Ausrichtung der Forschung ein Geflecht von Beziehungen hat, in welchem Wissenschaft einerseits als Objekt staatlicher Forschungspolitik andererseits als wissenschaftlicher Politikberater steht, läßt diese in die Gefahr geraten, zur herrschaftstechnischen „Steuerkapazität der Unterdrückung“ zu werden<sup>73</sup>.

Die aktuelle wissenschaftspolitische Diskussion, die sich mit der Problematik des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik auseinandersetzt, scheint von der Entwicklungsländerforschung nicht aufgenommen worden zu sein.

Insbesondere unter dem Eindruck des Anwachsens der Rüstungsforschung wird die einseitig an privatwirtschaftlichen (und machtpolitischen) Interessen orientierte Forschungsförderung, die breitere gesellschaftliche Interessen in der wissenschaftlich-technischen Entwicklung vernachlässigt, kritisiert<sup>74</sup>.

Die staatliche Förderung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und die Bemühung um administrative Planung und Steuerung des Wissenschaftsprozesses verstärken sich zunehmend unter der Einsicht in die Bedeutung von Wissenschaft als

Wolfram, Vanadium u. a. Ein solcher störungsfreier Bezug ist jedoch bei einigen Rohstoffen nicht genügend gesichert. Die deutsche Industrie ist deshalb bestrebt, sich an dem weltweiten Aufschluß neuer Rohstoffquellen zu beteiligen. Die Bundesregierung wird diese Bemühungen im Hinblick auf ihre gesamtwirtschaftliche Bedeutung fördern.“

<sup>68</sup> „— Laufende Beobachtung der Märkte mineralischer Rohstoffe sowie die Erarbeitung von Angebot und Nachfrageprognosen.

— Verstärkte Mitwirkung der Bundesanstalt für Bodenforschung bei einer weltweiten Überprüfung wichtiger Rohstoffvorkommen.

— Unterstützung von Prospektions- und Explorationsarbeiten sowie von Wirtschaftlichkeitsstudien im Ausland durch Gewährung bedingt rückzahlbarer Zuschüsse an deutsche Unternehmer.“ Bundesratsdrucksache 53/70, a.a.O.

<sup>69</sup> Ungeklärt ist zur Zeit, in welchem Umfang die Wirtschaft mit betriebseigener — oder Auftragsforschung Entwicklungsländerforschung betreibt. Sie scheint allerdings nicht unerheblich zu sein.

<sup>70</sup> So Boesch, E., in: DSE, DOK 256/65, S. 22.

<sup>71</sup> Von Schott, O., a.a.O., S. 8.

<sup>72</sup> Havemann, Hans A., Neue Aspekte der Entwicklungsländerforschung, Köln und Opladen 1970, S. 34.

<sup>73</sup> Zur Kritik vgl. N. Lechner, Sozialwissenschaftliches Krisenmanagement in Lateinamerika, in: Dankwerts, Pfütze u. a., Die Sozialwissenschaften in der Strategie der Entwicklungspolitik, Frankfurt 1970, S. 111 ff. und 155.

<sup>74</sup> Vgl. hierzu etwa Rilling, R., Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970; Hirsch, J., a.a.O.; Krauch, H., Die organisierte Forschung, Berlin 1970.

Produktivkraft für die wirtschaftliche Entwicklung und in die Unfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems, deren Entwicklung selbst zu lenken.

Rationale Planung und demokratische Kontrolle staatlicher Forschungspolitik werden gefordert und die Bedingungen ihrer Realisierung untersucht. Für die einen sind die Mängel in der Forschungspolitik im wesentlichen eine Folge administrativer Ineffizienz. Krauch dagegen meint, „daß auch eine Verbesserung der Effizienz den Erfordernissen des wissenschaftspolitischen Umsetzungsprozesses nicht gerecht werden kann“<sup>75</sup>. Eine institutionalisierte, kritische Öffentlichkeit soll quasi als Lobby für gesellschaftliche Interessen die Zielformulierung der Wissenschaftspolitik im „organisierten Konflikt“ mit anderen Gruppen bestimmen.

Andere wieder, wie zum Beispiel Hirsch, stellen die Fähigkeit des kapitalistischen Systems zu einer rationalen und demokratischen Wissenschaftspolitik grundsätzlich in Frage: „Demokratische Wissenschaftspolitik im erreichten Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung ist nur noch als sozialistische zu realisieren.“<sup>76</sup>

Entwicklungsländerforschung, die dem emanzipatorischen Anspruch der Massen der Dritten Welt gerecht werden will, wird sich also kritisch mit sich selbst beschäftigen müssen.

### **Wissenschaftsimperialismus**

Die Interessengebundenheit wissenschaftlicher Forschung über die heutigen Entwicklungsländer wird für die Kolonialzeit niemand leugnen. Ob die Lehren aus einer solchen historischen Erfahrung gezogen werden, scheint fraglich. So stellt Myrdal im ersten Kapitel seines Politischen Manifestes über die Armut fest: „Die Tatsache, daß die Vorstellungen von der Wirklichkeit, die Ideologien und Theorien dem Einfluß der Interessen ausgesetzt sind, die von den herrschenden Gruppen der Gesellschaft ausgehen und daß sie auf diese Weise sich von der Wahrheit zu entfernen beginnen in eine diesen Interessen opportune Richtung, kann nicht übersehen werden, wenn wir auf die Geschichte früherer Epochen blicken. In unseren eigenen Anstrengungen dagegen bewahren wir uns gewöhnlich ein naives Nichtwissen um solche Einflüsse, die in unserem Denken wirken – so wie es die Menschen in jeder früheren Epoche der Geschichte getan haben.“<sup>77</sup>

Die Kritik, die Myrdal in seinem Buch vor allem an die Wirtschaftswissenschaften richtet, gilt auch für andere Disziplinen. Ignacy Sachs zitiert zum Thema Wissenschaftsimperialismus Nigel Calders Beschreibung der Situation: „No caricature is involved in describing modern science as a European invention which enabled the white nations to achieve military, economic and cultural domination over the rest of the world and to make themselves prosperous while leaving the natives of the poor countries to progress very slowly. No injustice is done, to say that most research workers and technologists have unthinkingly connived in these uses of science which are, at bottom, racist. Declarations about using science to feed the world's hungry have not stopped the prosperity gap growing wider; nor can they alter the fact that

<sup>75</sup> Krauch, H., a.a.O., S. 284.

<sup>76</sup> Hirsch, J., a.a.O., S. 284.

<sup>77</sup> Myrdal, G., Politisches Manifest über die Armut, Frankfurt 1970, S. 3.



the intellectual interests of the great majority of research workers are far removed from any such program and that the preoccupation of technologists is with machines that enrich the rich"<sup>78</sup> 98% der Ausgaben für Forschung und Entwicklung der nicht-kommunistischen Welt werden in Europa und den USA getätigt. Auf die Bevölkerung umgerechnet heißt das, daß pro Kopf der Bevölkerung in Europa hundertmal mehr für Forschung und Entwicklung ausgegeben wird als in den unterentwickelten Ländern.

Auch da, wo sich die entwickelte Welt mit den Problemen der armen Welt beschäftigt, beziehe sie, so Ignacy Sachs, bei der Auswahl der Fragen und der Entwicklung der Lösungen die eigenen Bedürfnisse und Erfordernisse derart mit in ihre Forschung ein, daß die Ergebnisse den Interessen der Entwicklungsländer widersprechen müßten<sup>79</sup>.

Nun wird die Förderung von Wissenschaft und Forschung in und über die Entwicklungsländer nicht zuletzt durch den World Plan of Action der UN für die zweite Dekade stark propagiert. Auch die Bundesregierung hat sich in ihrem Grundsatzprogramm zur Bildungs- und Wissenschaftshilfe dazu bekannt<sup>80</sup>.

„Angesichts dieser allgemeinen Anerkennung der Förderungswürdigkeit von Wissenschaft und Technologie als entscheidende Faktoren für den wirtschaftlichen und sozialen Wandel ist es jedoch verwunderlich, wie wenig über ihre Funktion im Entwicklungsprozeß bekannt ist“, meint W. Morehouse<sup>81</sup>.

Wie schon in anderen Bereichen der Entwicklungshilfe geht offenbar auch hier die Politik der Forschung voran: Wissenschaftshilfe und Technologietransfer sind, wie früher Kapital- und Bildungshilfe zu politischen Programmen geworden, bevor sie in ihrer Wirkung erforscht wurden.

Nachdem lange Zeit die „kapitalzentrierte“ und anschließend die „arbeitszentrierte“ Wachstums- und Entwicklungstheorie im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Diskussion standen, zeigen sich nun – bisher allerdings nur in bezug auf die technologische Forschung – erste Ansätze einer „forschungszentrierten“ Variante<sup>82</sup>.

Ob aus den vorhandenen Theorieansätzen Lösungsmöglichkeiten entwickelt werden können, die die „wissenschaftliche Lücke“ der Entwicklungsländer verringern, kann auf Grund der Erfahrungen mit der Kapital- und Bildungshilfe allerdings bezweifelt werden. Nur wenn eine kritische Überprüfung der bestehenden Forschung über Entwicklungsländer erfolgt, kann eine Intensivierung dieser Forschung, wie sie gefordert wird, Wissenschaftshilfe im positiven Sinne sein.

<sup>78</sup> Sachs, I., und Marchovich, H., On Foreign Aid to Less Developed Countries, in: Bulletin of Peace Proposals, Vol. 2, 1971, Universitetsforlaget Oslo, S. 84.

<sup>79</sup> Sachs, I., und Marchovich, H., a.a.O.

<sup>80</sup> Vgl. dazu: Department of Economic and Social Affairs, World Plan of Action for the Application of Science and Technology to Development, United Nations, New York 1971. Grundsatzprogramm der Bildungs- und Wissenschaftshilfe, Beschluß des Bundeskabinetts vom 22. 12. 1971, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 3 vom 7. 1. 1972, S. 3; Glimm, H., UNACAST-Weltplan und die Wissenschaftshilfe der BRD, in: EuZ 5/72, S. 32 f.

<sup>81</sup> Morehouse, W., Die Bedeutung von Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung: Neuland für die Politik, in: Entwicklungspolitik, Materialien Nr. 8, November 1970, Hrsg. BMZ.

<sup>82</sup> Bohnet, M., Wissenschaft und Entwicklungspolitik, hrsg. vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Afrika-Studienstelle, Weltforum Verlag, München 1969, S. 3.

Daß Entwicklung und Unterentwicklung keine isolierten Phänomene, sondern durch die Struktur der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung sich gegenseitig bedingende Erscheinungen sind, ist heute weithin anerkannt. Die theoretischen und politischen Konsequenzen daraus sind allerdings kaum gezogen worden. Die Funktion, die Entwicklungsländerforschung und Wissenschaft allgemein für die Dritte Welt haben, kann jedoch nur angemessen interpretiert werden, wenn von der Struktur der Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, die Ursache sind für die fortdauernde Stagnation der Länder der Dritten Welt, ausgegangen wird. Ein interessantes Modell hierzu liefert Galtung in seiner „Structural Theory of Imperialism“, die die Ansätze lateinamerikanischer und US-amerikanischer Untersuchungen ebenso aufnimmt wie Teile der Leninschen Imperialismustheorie<sup>83</sup>. Galtung geht dabei von zwei unübersehbaren Tatsachen aus: zum einen von der enormen Ungleichheit in und zwischen Nationen in praktisch allen Bereichen der menschlichen Lebensbedingungen, einschließlich der Macht, über diese zu bestimmen, zum anderen von der Resistenz dieser Ungleichheit gegen Änderung. In Galtungs Modell besteht die Welt aus „Center and Periphery Nations“, die jede ihrerseits Zentrum und Peripherie haben.

Inter- und intra-national bestehen Wohlfahrtsunterschiede, wobei die Diskrepanz innerhalb der „Center-Nation“ gering ist, während die Ungleichheit zwischen „Center“ und „Periphery“ innerhalb der „Periphery-Nation“ extrem groß ist.

Entscheidend ist, daß zwischen dem „Center“ der imperialistischen Nation und dem „Center“ der Peripherie eine Interessenharmonie besteht, so daß das „Center“ der Peripherie als Brückenkopf der imperialistischen Nation dient.

Die Wechselbeziehungen zwischen Center und Periphery sind strukturell so angelegt, daß die dominierende Nation sich im Ergebnis des Austauschprozesses mehr bereichert als die Periphery (vertical interaction). Als ‚feudal interaction‘ kennzeichnet Galtung einen Strukturmechanismus, durch den die Nationen der Periphery untereinander getrennt gehalten werden, mit geringer Kommunikation und Handel und der so das Gesamtsystem stabilisiert.

Je nach Art der Austauschbeziehungen unterscheidet Galtung zwischen ökonomischen, politischen, militärischen, ‚communication‘ und kulturellem Imperialismus. Wissenschaftlicher Imperialismus ist dann ein weiteres Subsystem, das zum einen dadurch gekennzeichnet ist, „that the Center always provides the teachers and the definition of that worthy of being thought (from the gospels of Christianity to the gospels of Technology), and the Periphery always provides the learners“<sup>84</sup>.

In der Forschung zeigt sich nach Galtung eine besondere Art von ‚vertikaler‘ Arbeitsteilung, die der im wirtschaftlichen Bereich sehr ähnelt: „the pattern of scientific teams from the Center who go to Periphery nations to collect data (raw material) in the form of deposits, sediments, flora, fauna, archeological findings, attitudes, behavioral patterns and so on for data processing, data analysis, and theory formation (processing in general) in the Center universities (factories), so as to be able to send the finished product, a journal, a book (manufactured goods) back for consumption in the Center of the periphery – after first having created a demand for

<sup>83</sup> Galtung, J., A Structural Theory of Imperialism, in: Journal of Peace Research, Nr. 2/1971, S. 81–117.

<sup>84</sup> Galtung, J., a.a.O., S. 93.

it through demonstration effect, training in the Center country, and some degree of low level participation in the data collecting team. This parallel is not a joke, it is a structure.<sup>85</sup> Wenn darüber hinaus die Forschungsergebnisse wirtschaftlich, politisch oder militärisch genutzt werden können, um die imperialistische Struktur aufrechtzuerhalten, dann wird der kulturelle Imperialismus noch deutlicher.

In seiner Kritik am amerikanischen Camelot-Projekt geht Galtung besonders auf die Rolle der Sozialwissenschaften ein, die ein so wichtiges potentiell politisches Instrument seien, daß die Einreise von Sozialwissenschaftlern in ein anderes Land eine potentiell politische Aktion sei. Und dies um so mehr dann, wenn wie bei vielen Ländern der Dritten Welt, der Schwerpunkt der Aneignung von Wissen über ein Land außerhalb des Landes selbst liegt<sup>86</sup>.

### **Konsequenzen für eine Analyse**

Aus dem Rahmen der erörterten Probleme hat die Analyse der Entwicklungsländerforschung eine Reihe von Fragestellungen aufzugreifen, die zu folgenden Ansätzen und Thesen führen:

#### **Ansätze**

Eine Analyse der Rolle der Entwicklungsländerforschung hat zu berücksichtigen, daß sie sowohl naturwissenschaftlich — technische als auch sozial- und geisteswissenschaftliche Disziplinen umfaßt.

Sie muß ferner die Fragestellungen der aktuellen wissenschaftspolitischen Diskussion nach der Entstehung, Verwertung und dem gesellschaftlichen Nutzen der Forschung aufnehmen. Für die Entwicklungsländerforschung ist dabei bedeutsam, daß eine Vielzahl staatlicher und halböffentlicher Instanzen der Entwicklungshilfe und -politik zugleich zu den wichtigsten Finanzierungsinstitutionen für die Forschung gehören, so nicht nur das BMZ, sondern auch die politischen Stiftungen, die Kirchen und die Ländervereine.

Sie wird sich aber auch mit der allgemeinen wissenschaftlich-technischen Entwicklung, die eng mit wirtschaftlichen Interessen verbunden ist, in ihren Auswirkungen auf die armen Länder auseinandersetzen müssen.

Die Analyse hat endlich die internationalen Beziehungen in ihrer spezifischen Gestaltung der Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Industrieländern zu berücksichtigen.

<sup>85</sup> Galtung, J., a.a.O.

<sup>86</sup> Galtung, J., After Camelot, in: Horowitz, I. L. (Hrsg.), The Rise and Fall of Project Camelot, MIT Press Cambridge Mass., 1967, S. 281—338.

## Thesen

1. Der Erkenntnisprozeß der Wissenschaft ist nicht lösbar von der Entwicklung der Gesellschaft, er steht innerhalb der Gesellschaft in einem Verhältnis wechselseitiger Bedingungen und Beeinflussungen.  
Der wissenschaftlich-gesellschaftliche Zusammenhang, in dem sich auch Entwicklungsländerforschung entwickelt, ist wesentlich bestimmt
  - dadurch, daß die Existenz aller Wissenschaft durch die Gesellschaft ermöglicht wird,
  - durch den historisch gewachsenen Erkenntnisstand der Einzeldisziplinen und ihr Wissenschaftsverständnis,
  - durch den Anspruch gesellschaftlicher Gruppen auf Nutzung und Verwendung der Wissenschaft,
  - durch das Wissenschaftssystem, in dem der Wissenschaftler steht, und seine soziale Stellung in der Gesellschaft.
2. Zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern besteht ein Interessengegensatz, der aus der historischen Entwicklung der Kolonialzeit, des Imperialismus und der Unabhängigkeitskämpfe fort dauert. Forschung über Entwicklungsländer steht in diesem Konflikt auf Grund ihrer Verankerung in der Gesellschaft der Industrieländer grundsätzlich auf deren Interessenseite. Der Anspruch der wissenschaftlichen Forschung, einen Beitrag zur Entwicklung der Länder zu leisten, bedeutet, Stellung für die Interessen der anderen Seite zu beziehen. Dies ist ein Anspruch, der nur aus dem kritischen Ansatz der Forschung in der eigenen Gesellschaft hervorgehen kann. Das heißt, die Forschung hat grundsätzlich kritisch zu sein gegenüber dem gesellschaftlichen Bedingungs Zusammenhang, in dem sie sich herstellt.